

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. s. w.

Spezial- und Verlag: Wilt. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 46

— Erscheint wöchentlich 6 mal —
Bezugspreis freibleibend

Halver
Samstag, den 23. Februar 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.,
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
10 Goldpf. — Reklame 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstagsausschuß zur Überwachung der Durchführung der Personalabbau-Verordnung faßt eine Entscheidung, wonach der Abbau von schwerbeschädigten Beamten, Angestellten und Arbeitern nur mit Genehmigung der obersten Reichsbehörden erfolgen darf.

* Die Rechtsgültigkeit der dritten Steuernotverordnung wird nicht nur von den betroffenen Interessentenkreisen, sondern auch von zuständigen juristischen Körperschaften bezweifelt.

* General Degoutte in Düsseldorf entschied, daß die gestattete Rückkehr der deutschen Beamten noch nicht grundsätzlich auch die Wiedereinstellung in ihr Amt bedeute. Dazu gehören keine Degouttes, Zustimmung.

* Am 23. Februar tritt in Hannover der Gesamtvorstand des Verbandes der Preussischen Landräte zusammen, um über die Stellung der Kreisverwaltungsverbände zur Verwaltungsreform in Preußen zu beraten und zu beschließen.

* Das Volksbegehren in Bayern für Landtagsauflösung und Verfassungsänderung ist gesichert, da mehr als die erforderlichen 800 000 Stimmen dafür abgegeben wurden.

Bedenkliche Sachverständigenpläne.

Die Sachverständigenausschüsse haben bei ihrem Eintreffen in Berlin in den deutschen Zeitungen ziemlich Vorurteile über sich verbreitet: sie wurden ja begrüßt, als ob sich nun „alles, alles wenden“ würde. Nach dem, was jetzt aber an Mitteilungen über das von ihnen abgegebene Gutachten — das übrigens in seinen Grundlagen bereits in Berlin fertig war — aus Paris kommt, werden die Hoffnungen wesentlich herabgestimmt. Man kann diese Mitteilungen nach drei Gesichtspunkten gruppieren:

Erstens das Reparationsproblem, also die Zahlungsverpflichtungen. Man will uns ein Moratorium für die Zahlungen gewähren — d. h. eigentlich nicht. Denn neben der internationalen Anleihe von etwa 10 Milliarden, gegen die die deutsche Reichsbank verpfändet werden soll, wird uns noch eine innere Anleihe empfohlen, die aus dem kapitalistischen Besitz herausgelockt werden soll. Und ein großer Teil dieser Anleihe soll sofort nach Frankreich gehen, um einen Teil der Reparationssumme abzudecken. Anleihen müssen aber verzinst werden; also haben wir für diese Anleihe die Zinsen aufzubringen, in bar für die zweite, in Form der Eisenbahnfinanzierungen für die erste Anleihe. Die Sachverständigen Deutschlands sollen aber nicht eingestellt werden dürfen. Das sind rund anderthalb Milliarden Goldmark. (Und wir können nicht einmal die 360 Millionen für die Besatzungskosten aufbringen!)

Zweitens: Trotzdem ist der Sachverständigenausschuß „zur Balancierung des deutschen Budgets“ der Ansicht, daß es für Deutschland „ein leichtes“ sei, sein Budget in Ordnung zu bringen. Die größte Wunde, nämlich die Rhein-Ruhrbesetzung, wird aber nicht geschlossen; denn die politische und militärische Oberhoheit der Franzosen und Belgier soll diesem Gebiet erhalten bleiben, nur die wirtschaftliche Einheit soll wiederhergestellt werden. Das Saargebiet beweist, was das zu bedeuten hat. Hier spüren aber noch andere Pläne, über die der Pariser „Temps“ allerhand andeutet: er legt sich nämlich plötzlich für eine „Internationalisierung“ dieses Gebietes heftig ins Zeug. Aus „Sicherheitsgründen“ natürlich. Diese „Internationalisierung“ ist aber nichts anderes als die Völkerbundverwaltung à la Saargebiet. Und wie „uneigennützig“ stände Frankreich da, wenn es „großmütig“ auf die ihm sogar von der Sachverständigenkommission zugestandene politische und militärische Besetzung verzichtet und die Verwaltung „selbstlos“ dem Völkerbund übertrüge wolle. Da wäre dann sofort das Einvernehmen mit London hergestellt — über die Selbstsucht MacDonalds danach berichtete kürzlich der rheinische Sozialdemokrat Meersfeld, der nach London geflogen war, bezeichnende Mitteilungen! — und „die Idee des Völkerbundes“ hätte wieder einmal gesiegt. Allerdings einem Schwachen gegenüber. Die Starken haben sie nämlich immer verhöhnt.

Drittens ist aber das Schlimmste die geplante Internationalisierung unserer Währung und unserer Eisenbahn. Die im Auslande einzurichtende Goldnoten (Währungs-) Bank soll als Kapital zunächst einmal das Golddepot der Reichsbank erhalten; ferner hat die Rentenbank in ihr aufzugehen. Die Hälfte des Kapitals wird vom Auslande aufgebracht, und die von dieser Bank abhängende gesamte deutsche Währung wird auf Goldbasis gestellt. Ein Neutraler soll, mit ausgedehnten Vollmachten versehen, die Kontrolle über die Bank haben, deren Aufsichtsrat aus Alliierten, Neutralen und Deutschen zusammengesetzt ist. Das ist nichts anderes als die internationale Finanzkontrolle über Deutschland. Denn die Bank ist Währungsemissionsbank!

Noch schlimmer ist es mit dem oben schon berührten Vorschlag der Internationalisierung unserer Eisenbahn, die als Garantie für eine internationale Anleihe dienen soll. Freilich sollen wir die Verfügung auch über die Bahnen des besetzten Gebietes wiedererhalten, aber nur, um dann die Verfügung über das Ganze zu verlieren. Eine internationale Gesellschaft soll nämlich die Organisation und „die Überwachung der Pfandförmigkeit“ übernehmen. Das bedeutet, daß das gesamte Tarifwesen „zum Besten der Gläubiger“ eingerichtet wird. Tarifverleumdungen, beispielsweise nach den Seefahrern, wird sich England energisch verbitten, und solche von Ost nach West beim Transport der Rohstoffe für unsere Rhein-Ruhrindustrie wird Frankreich verhindern. Kurz, man nimmt uns wieder ein Stück staatlicher Hoheit, deutscher Selbstbestimmung.

Das Ganze nennt sich: eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems!

Goldnotenbank am 15. April?

Maßgebende Berliner Finanzkreise deuten an, daß aller Voraussicht nach die Goldnotenbank am 15. April mit dem Sitz in Zürich ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Die Rentenbank und die Rentenmark sollen vorerst weiter bestehen bleiben. Das Kapital für die Goldnotenbank werden die Schweiz, Holland und England geben. Außerdem wird diesem Institut das Gold der Reichsbank zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll sich England verpflichtet haben, auch der deutschen Industrie weitere Kredite zu gewähren.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Wahlvorbereitungen der Regierung.

Bei der Reichsregierung rechnet man mit der Möglichkeit baldiger Reichstagsneuwahlen. Dafür spricht folgende halbamtliche Veröffentlichung:

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen am 23. März auslegungsfertig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Verhaftung eines Landesverrätters.

An der bayerischen Grenze wurde der Handlungsgehilfe Fritz Doehmel verhaftet, der unter dem Verdacht eines in Essen begangenen Landesverrats von der Oberreichsanwaltschaft gesucht wird und in dem Budapester Prozeß gegen Main und Genossen als Spitzel eine Rolle gespielt hat. Doehmel ist bereits nach Leipzig übergeführt worden.

Landtagsöffnung in Oldenburg.

In der ersten Sitzung des oldenburgischen Landtages wurde der bisherige Präsident Schröder (D. Vp.) wiedergewählt. Auch die beiden Vizepräsidenten Jordan (Soz.) und Hahlkamp (Ztr.) wurden wiedergewählt. Eine der wichtigsten Vorlagen ist die Personalabbauvorlage. Ministerpräsident v. Find erklärte, daß diese Vorlage möglichst umgehend zu erledigen sei, weil sonst die Regierung auf dem Verordnungswege die notwendigen Maßnahmen treffen müsse.

Frankreich.

× Attentat gegen einen Faschistenführer. Ein antisozialistischer Anschlag wurde in einer bekannten Speisewirtschaft auf den Boulevards verübt. Ein junger Italiener hat Nicola Bonserio, den Pariser Korrespondenten des Organes von Mussolini, des „Popolo d'Italia“, durch einen Revolveranschlag verletzt. Der 23jährige Täter, der Anarchist ist, wurde verhaftet. Er ist von Beruf Müller. Der Verhaftete, mit Namen Ernest Bonomini, erklärt, er habe nicht den Menschen, sondern die faschistische Idee töten wollen.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Die Deutschnationalen haben einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Held im sächsischen Landtag eingebracht.

Dresden. Als Urheber der kürzlichen schweren Bombenanschläge in Hohenstein-Ernstthal sind sieben kommunistische Arbeiter verhaftet worden.

München. In einem offenen Briefe an den Reichspräsidenten hält Dr. Emil Gansper in München den Vorwurf des Landesverrats gegen den Reichspräsidenten aufrecht und behauptet, daß der Wahrscheinlichkeit antreten zu können. Gegen Dr. Gansper war die zunächst angeordnete Strafverfolgung eingestellt worden.

Prag. Der deutsch-christlich-sozial Abgeordnete Liska hat an den Papst eine Denkschrift gerichtet, in welcher die Verdrängung des vom Deutschen Reiches an die Tschechoslowakei abgetretenen Sudetischer Ländchens geschildert wird.

Deutscher Reichstag.

(399. Sitzung.)

OB. Berlin, 21. Februar.

Der Reichstag setzte die Palzdebatte fort. Zur Beantwortung der beiden Interpellationen nahm zuerst der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Goefle, das Wort, der eingangs auf den engen Zusammenhang der französischen Politik und der separatistischen Bewegung und der ganzen

Palzfrage

zu sprechen kam. Der Minister meinte, daß der Separatismus als solcher im Rheinland wohl endgültig erledigt sein dürfte, aber es habe den Anschein, als ob die Franzosen andere Mittel suchten, um ihr Ziel zu erreichen. Der Redner beschäufte sich dann mit dem unerträglichen Druck der Besatzungstruppen auf die Bevölkerung an Rhein und Ruhr und geißelte unter lebhaftem „Hört, hört!“ des Hauses die Tatsache, daß 140 000 Ausgewiesene noch immer nicht zurückkehren dürfen, daß 1500 Gefangene noch immer nicht befreit seien. Die persönliche und wirtschaftliche Freiheit würde aufs schärfste unterdrückt. Die Presse werde getrieben. So seien allein über 100 Redakteure ausgewiesen worden. Die Franzosen täten alles, um das Vernehmen zum Dankschreiben zu bestrafen, deshalb seien alle vaterländischen Rundgebungen verboten. Der Redner erwähnte dann die Tatsache, daß die englische und italienische Presse den wahren Zusammenhang erkannt und ganz offen ausgeprochen hätten, daß

Frankreich den Separatismus begünstige.

Der Minister ging dann auf die Äußerungen des Generals de May an und betonte unter lebhafter Bewegung des Hauses, daß die französische Regierung in ihrer Antwort auf die letzte deutsche Note jede Diskussion abgelehnt habe, weil es sich um ein innerdeutsches Angelegenheit handele. Herr Goefle unterließ weiter die Tatsache,

daß die deutschen Gerichte den separatistischen Hochverrat nicht beikommen konnten, weil die Rheinlandkommission ihre schützende Hand über sie gedehnt habe. Die deutsche Polizei sei entwaffnet worden, die allein genügt hätte, um in einer Nacht dem ganzen separatistischen Spul ein Ende zu machen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wurde dem Führer der politischen Parteien und der Gewerkschaften sowie der ganzen Bevölkerung der Pfalz der Dank der deutschen Regierung für die Haltung ausgesprochen und für das einmütige Zusammenstehen gegenüber den Separatisten. Zum Schluß betonte der Minister den Willen der deutschen Regierung zu einer schnellen und gerechten Lösung der Reparationsfrage. Dazu sei aber Voraussetzung die

Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens.

der deutschen Volkseinheit, der deutschen Verwaltung und des freien Verfügungsrechtes des Deutschen Reiches über alle seine Wirtschaftsgebiete. Trotzdem auf die Dauer die Zahlung der Besatzungskosten im jetzigen Ausmaß nicht möglich sei, sei die Regierung doch entschlossen, sie vorläufig im Interesse der Bevölkerung weiter zu zahlen und auch die ausgewiesenen Privatpersonen und ausgewiesenen Beamten weiter zu unterstützen.

Todesstrafe für hochverräterische Separatisten.

Reichsjustizminister Dr. Emminger erklärte den Grundgedanken des deutschen nationalen Urteils auf sofortige Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Separatisten und Verhängung der Todesstrafe bei Überführung des Hochverrats als verständlich an, daß aber um Überweisung an einen Ausschuß, weil der Antrag eine außerordentlich tiefgehende Umgestaltung des Reichsrechts bedeute. Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen.

Aussprache der Parteien.

Abg. Graf-Mannheim (Soz.) meinte, daß durch die Art der Einstellung der nationalen Presse der Abwehrkampf in der Pfalz beschädigt worden wäre, und bedauerte, daß die bayerische Regierung durch offizielle und offizielle Erklärungen die Haltung der pfälzischen Sozialisten verdächtigt habe. In diesem Zusammenhang bedauerte er die Angriffe auf den Abg. Hoffmann an Kaiserlautern, der niemals die Loslösung der Pfalz vom Deutschen Reich erstrebt habe.

Abg. Japp (D. Vp.) schilderte die überwältigende militärische und politische Lage, in der sich jetzt Frankreich befindet, zu der es mit Englands Hilfe, das seine große Zentralmacht in Europa aufkommen lassen wollte, geraten wäre.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) kritisierte an die Äußerung Dr. Stresemanns über den Silberstreifen am Horizont an und meinte, dieser sei gerade in der treu deutschen Pfalz zu sehen, wo sich die Bevölkerung tapfer von der Gottesgeißel der Separatisten befreit habe. Man darf sich aber nicht täuschen, das Schwert stünde der Pfalz und dem Deutschen Reich noch bevor. Der Befehl Ludwig XIV., die Pfalz zu verbrennen, wirke heute noch nach. Infolge eines Zwischenrufes des Abg. Ledebour, der dem Redner zurief, er solle sich nicht so lange mit der Vergangenheit aufhalten, machte sich auf der rechten Unruhe bemerkbar. Der Redner erwiderte, man müsse aus der Vergangenheit lernen, diese sei der Spiegel der Gegenwart. Der Redner kam auch auf die vielen Verträge und Abmachungen Frankreichs zu sprechen und führte weiter aus, daß die Vorgänge in der Pfalz der ganzen Welt zeigen müßten, was das Versäufeln der Pfalz in den Händen Frankreichs bedeute, und daß nicht Frankreich, sondern Deutschland einen Anspruch auf Sicherheit gegen die infamste Verwüstung aller Menschenrechte habe.

Abg. Gershenberger (Bayer. Volksp.) trat für die enge Zusammengehörigkeit zwischen Pfalz und Bayern ein.

Frau Pflüß (Soz.) legt gegen die Ausführungen Dr. Helfferichs Protest ein, deren chauvinistischen Charakter sie tadelt.

Abg. Thomas (Komm.) wandte sich in ausgedehnter Rede gegen die Großindustrie der Pfalz.

Darauf wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Preussischer Landtag.

(301. Sitzung.)

St. Berlin, 21. Februar.

Das Haus verabschiedet zunächst den Gesetzentwurf zur Änderung des Wassergesetzes, der die flößlichen Hindernisse den Zwecken der Landwirtschaft dienstbar machen will.

Es folgt die Beratung der Notverordnung über die vorläufige Ausübung der Durchführung von Vorschriften des Hebammengesetzes; die Durchführung des Gesetzes soll insoweit ausgelegt werden, als sie die Errichtung und Anordnung von Hebammenstellen vorschreibt und die Aufgaben dieser Stellen regelt. Schließlich wird die Verordnung abgelehnt. Das Haus geht über zur ersten Beratung der

preussischen Personalabbauverordnung.

die vom Ständigen Ausschuß beschloffen und vom Staatsministerium mit Gesetzeskraft erlassen worden ist. Zugleich mit der Abbauverordnung beraten wird eine große Anzahl von Anträgen und Anfragen über den Beamtenabbau, über die Zahlung der Gehälter im besetzten Gebiet, über die Gewährung von persönlichen Zulagen, über die Erhöhung der Beamtenbezüge, Ausbau der Rostandbeihilfen, Behandlung der Verdrängten, Fürsorge für weibliche Beamte sowie Anstellung von Beamten, Angestellten und Arbeitern.

Sozialdemokratische Anträge im Reichstag

Reichstagsauflösung nahegerückt.

n. Berlin, 21. Februar.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Beratungen über die unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen zu Ende geführt und ist zu dem Resultat gekommen, sich bei diesen Verordnungen in ihrer jetzigen Form nicht zu beruhigen. Im wesentlichen ist beschlossen worden, folgende Änderungsanträge im Reichstag zu stellen: die Forderung, die Überschreitung des Achtstundentages nur auf Grund von Tarifverträgen zuzulassen, die Personalabbau-Verordnung durch ein Gesetz zu ersetzen, in dem eine Berufungsinstanz vorgesehen ist, die Beamtenarbeitszeit wieder auf acht Stunden zu reduzieren, ferner Anträge bezüglich der Erwerbslosen und verwandten Materien.

Erwartet man bei diesen Anträgen auch weniger ernste Konflikte, so ist der weitere Antrag auf Aufhebung der Zusatzverordnungen, die durch Reichsjustizminister Emminger durchgesetzt wurden, geeignet, stärkere Mißbilligungen hervorzurufen. Ebenso das Verlangen, die Mietsteuer in

der dritten Steuerreformverordnung zu streichen. An Stelle der letzteren wird eine Regierungsvorlage gefordert, die den Ländern einen Zuschlag von bis 200 % zur Vermögenssteuer gestattet und eine neue Wohnungsbauabgabe bis 10 % der Friedensmiete. Die Aufwertung soll bis auf 20 % zugelassen werden und der Termin für die Rückzahlungspflicht um fünf Jahre, vom 1. 1. 1932 auf den 1. 1. 1937 vorverlegt werden.

Sollte die Regierung in einzelnen Fragen zum Entgegenkommen geneigt sein, so dürfte dies doch kaum in Bezug auf die dritte Steuerreformverordnung der Fall sein. Da auch bei den Deutschnationalen keine Geneigtheit vorhanden ist, sich kampflös bei den Verhandlungen zu beruhigen, würde unter Umständen die Stellung der Regierung kritisch werden. Auf Lösung des Reichstages und Neuwahlen könnten dann plötzlich die Parole des Tages werden, wofür ja auch schon die von der Regierung angeordneten Vorbereitungen für die Wahlen sprechen.

Die Pfalz wiederhergestellt?

Rechtmäßige Verwaltung.

Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Kreisausschusses Geheimrat Dr. Behersdörfer, der mit General de Meß diese Verhandlungen weiter geführt hat, wird halbamtlich mitgeteilt, daß die Wiederkehr der völlig normalen Verhältnisse in der Pfalz nur noch eine Frage von kurzer Zeit sein wird.

General de Meß steht, so erklärt Dr. Behersdörfer, auf dem Boden der zwischen dem Sonderausschuß der Rheinlandkommission und dem Kreisausschuß erzielten Vereinbarungen. Damit sei auch eine baldige Lösung der schwebenden Fragen gewährleistet. Es sei daher die Rückkehr der von den Autonomen auszuübenden Beamten in Pälde zu erwarten und damit auch die völlige Wiederherstellung der früheren rechtmäßigen Verwaltung. Die Entscheidung über die Rückkehr der von den Besatzungsbehörden bzw. der Rheinlandkommission ausgewiesenen Beamten stehe allein der Rheinlandkommission zu, und es sei auch hier eine wohlwollende Prüfung zu erwarten. Zur Berücksichtigung der pfälzischen Bevölkerung könne noch mitgeteilt werden, daß alle vom Kreisausschuß und der pfälzischen Regierung unternommenen Schritte im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung in München geschehen.

Verkehrssperre in Pirmasens.

Die Rheinlandkommission teilt mit, daß in Verfolg des Befehlungsstandes über den Bezirk Pirmasens folgende Maßnahmen verhängt werden: 1. Verbot des Verkehrs bei Tag und Nacht von Personen- und Kraftwagen, Motor- und Fahrrädern. 2. Verbot des Verkehrs von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh. 3. Bis auf weiteres Verbot des Straßenverkehrs in der Stadt Pirmasens.

Höhere Beamtengehälter in Sicht.

Zum 1. April.

Wie man in Berlin erfährt, hat das Reichsfinanzministerium für den 1. April d. J. eine nicht unerhebliche Erhöhung der Beamtengehälter in Aussicht gestellt. Wieviel die Erhöhung im einzelnen betragen soll, steht noch nicht fest und hängt von der Gestaltung der Reichseinkommensteuern in den nächsten Wochen ab. Gesprochen wird von etwa 20 %. Nachdem der Beamtenabbau planmäßig vollzogen worden ist, soll man es für dringend erforderlich halten, daß die in ihren Stellungen belassenen Beamten auskömmlich besoldet werden. Es wird angenommen, daß der beabsichtigten Erhöhung der Gehälter von keiner Seite widersprochen werden wird.

Landwirtschaftliche Woche in Berlin.

Berlin, 21. Februar.

Im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates fand eine gemeinsame Veranstaltung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine, des Verbandes mütterlicher landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine und des Sonderausschusses für hauswirtschaftliche Geräte und Maschinen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft statt. Nach mehreren Ansprachen wurde eine Entschließung angenommen, die entschieden Einspruch dagegen erhebt, daß die in der heimischen Wirtschaft gewonnenen Erzeugnisse der Umsatzsteuer unterliegen, während eingeführte Auslandsprodukte frei davon sind.

„Tote, die leben“

Roman von A. Grotner-Grefe.

(18) Nachdruck verboten

Sie bat und beschwor den ihr fremden Mann, daß er ihr Näheres mitteile; sie konnte und wollte nicht an dieses Undenkbare glauben. Aber der Herr konnte ihr nur sagen, daß er auf einer der Bahnstationen mit einem anderen Mann zusammentraf, den er nie gesehen, es sei ein kleiner, unschöner Mensch gewesen und sichtlich habe er weit über den Dursch gesunken gehabt, denn er sei sehr unfähig gegangen; den einen Fuß hätte er ohnedies ein wenig nachgezogen. Der Mann hätte, da das Gespräch zufällig auf die Leute in der Gegend kam, gemeint, man werde sich wundern, denn Herr Irwein sei tot. „Erstochen von einem jungen Mädel. Ich hab' gehört, es soll eine Richte von ihm sein.“

Dann sei der Mann, wie erschrocken, verstummt, es schien, als fände er, daß er zuviel geredet habe. Und gleich darauf sei er weggegangen. Und später kamen Landleute aus der Gegend und die hatten auch schon von dem Unglück gehört.

So war es eigentlich kein Wunder, daß Sella die Kunde von dem seltsamen Ende des Vaters gänzlich unvorbereitet hörte. Freilich, die näheren Umstände, die Einzelheiten wußte sie nicht. Sie war auch jetzt noch kaum fähig, irgend etwas anders zu fassen, als die Tatsache. Und doch mußte Rolf ihr von all den Bealeitumständen sprechen, sollte sie nicht auch diese aus dem Munde von Fremden hören.

Sie gingen dem Gutshofe zu. Ein hellblauer Himmel lag über der Erde; die Luft war beinahe warm und die Sonne warbte goldene Lichter aus dem weissen Laub, welches überall umherstatterte und hoch den Boden bedeckte. Ein unendlicher Friede lag über der Welt ausgebreitet, der große Friede des Herbstes, wo allmählich alles laute Leben sanfte einschlief, um einer unendlichen Stille Raum zu geben. Aus dem Wald, der umherstand, der uralten Bäume tauchten die grauen Mauern des Gutshofes empor. Der älteste Teil desselben, ein mächtiger, runder Eckturm, dessen Fuß im tiefen Wassergraben stand, ragte stolz in die klare Luft. Von seiner Spitze wehte eine mächtige, schwarze Fahne. Ein Zeichen, daß der Herr dieses Hauses eingegangen war zur Ewigkeit.

Sella sah das dunkle Tuch flattern und festamerweise

Über die schwere Krise der Landwirtschaft sprach der Vorsitzende des Reichslandbundes Dr. Koeslde: Der Landwirt kann heute vielfach seine Steuern nur bezahlen, wenn er Kredite aufnimmt. Kredite sind aber, wenn überhaupt, nur zu 18, 20 bis 30 % Zinsen zu erhalten. Der Regierung muß auf das energischste nachgehakt werden: Es kommt, wenn nicht endlich Währungsreformen kommen, der Tag, wo die Landwirtschaft keine Steuern mehr bezahlen kann, weil sie einfach dazu nicht mehr in der Lage ist.

Vorträge über besondere die Hausfrauen interessierenden Fragen und Filmvorträge beschloßen die Versammlung.

Den Aufbau des Genossenschaftswesens

behandelte die heutige Sitzung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Geh. Finanzrat Dr. Jost verlangte eine Trennung des Kreditgeschäfts vom Warengeschäft. Die Waren seien in Bar zu bezahlen, während für Kredite ein fester Zinssatz zu erheben sei. Geh. Rat Jost wandte sich dann gegen die von verschiedenen Seiten geäußerte Ansicht, die bisherige Kreditorganisation durch Ausschaltung von Zwischengliedern abzubauen. Woher die deutschen Einzelgenossenschaften noch die Provinzialkassen noch die Provinzialbanken lassen sich ausschalten, wenn die Organisation leistungsfähig bleiben sollte. Die einzelnen Genossenschaften müßten sich neu ausbilden und nach Möglichkeit Sparanlagen herangehen. Herr Dr. Gräble-Deinold sprach über die Frage der Ausschaltung unrentablen Wirtschaftszweige und Anbahnung unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeugern und Verbrauchern.

Deutsche Volkspartei für Landwirtschaftshilfe.

Der Reichsausschuß für Landwirtschaft der Deutschen Volkspartei hat Forderungen für die künftige Wirtschaftspolitik aufgestellt: 1. Es ist Aufgabe der Reichsregierung, eine Steuerpolitik zu betreiben, die im Gegensatz zur bisherigen den Landwirt auf seiner Scholle erhält und die Erzeugung nicht gefährdet. 2. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und damit die Sicherung der Volksernährung ist nur bei ausreichenden Preisen gewährleistet. 3. Die durch die schwierige Lage der Landwirtschaft herbeigeführte Kreditnot bedarf dringend und schleunigst der Abhilfe. 4. Die Gestaltung der Eisenbahntarife für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsmittel ist im Sinne einer großzügigen, die Nahrungsmittelherstellung fördernden Regelung zu betreiben.

Höhere Personen-, niedrigere Gütertarife

Vorschläge des Reichseisenbahnrats.

Im Ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrates wurde die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Ermäßigung der Gütertarife eingehend beraten. Es wurde ein Antrag angenommen, der eine Ermäßigung aller Tarife der Normaltarifklassen nach Klassen gestaffelt um 20 bis 10 % befürwortet. Die Ermäßigung vom 20. Januar von 8 % ist in diesen Zahlen bereits enthalten. Für den Hochtarif wurde eine Ermäßigung um 25 % gewünscht. Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens sollen weitere Ausnahmetarife und Notstandstarife eingeführt bzw. vorhandene weiter ausgebaut werden, namentlich für Düngemittel, den Wasserschlag und für die Seehäfen. Es soll der Verwaltung überlassen bleiben, zu prüfen, ob und inwieweit der Antrag finanziell durchgeführt werden kann.

Für die Personentarife trat der Ausschuß der Vorlage der Verwaltung bei, die bekanntlich wesentliche Erhöhungen bringt. Die Schnellzugzuschläge und Preise der Zeitkarten bleiben unverändert. Die Verordnung über die Schaffung des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ behält bei Änderung der Höhe der Normaltarife der Reichsregierung die Mitwirkung vor.

Anziehen der Lebenshaltungskosten.

Steigerung um 1 %.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 18. Februar, auf 1,04 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit (1,03 Millionen) beträgt demnach 1,0 %.

Großhandelspreise um 1,8 % erhöht.

Die auf den 19. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 12. Februar (115,4) eine Steigerung um 1,8 % auf 117,5. Von den Hauptgruppen liegen die Lebensmittel um 9,7 % auf 102,7, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 78,8 um 3,9 % auf 81,9. Die Hauptgruppe der Industrieerzeugnisse blieb mit 145,1 nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Rohstoffe und Gesteine mit 137,3. Die Industriewaren stiegen von 103,7 um 2 % auf 105,8 und die Einfuhrwaren von 174,1 um 1 % auf 175,8.

wurde ihr erst in dieser Minute alles klar, was sie betroffen. Wieder schüttelte sie ein jähes Schluchzen. Ihr liebes Gesicht war von Tränen überströmt, als sie am Arme des Bruders den Hof betrat. Da liefen ihnen die Mädel, welche untätig beieinander gestanden, entgegen. Die Knechte folgten bedächtig nach. Die Leute gaben jedem der Geschwister die Hand und sagten ein paar Worte des Mitgeföhls. Und zum ersten Male nannte der Großnecht Rolf nicht „junger Herr“, sondern „Herr Irwein“.

Das war das äußere Zeichen, daß den Händen des Vaters das Regiment entglitt und nun der Sohn die Fäden hier in festen Händen halten sollte. Unwillkürlich richtete Rolf seine schlanke Gestalt höher empor. Seine Züge schienen in den lehrvergangenen furchtaren Stunden sich gefestigt zu haben, er schien älter geworden um Jahre.

Mit ein paar kurzen Worten dankte er den Hofleuten, dann bat er den Großnecht, alle Anordnungen für die Tagesarbeiten zu übernehmen, bis er selbst die Herrschaft antreten könne. Auch Sella nahm sich zusammen und sprach ein paar herzliche Worte mit den Leuten.

„S' wird scho' alles in Ordnung gesch'eh'n“, sagte der Großnecht ernsthaft. Dann saßen sie alle noch eine Minute lang den Geschwistern nach, welche den kurzen Weg bis zum Hause langsam zurücklegten. Erst als die beiden über die altentimliche Freitreppe emporgestiegen waren und in dem großen Haustorbogen verschwanden, zerstreuten sich die Leute und jeder ging gewissenhaft an seine Arbeit.

Die Tür nach der Küche flog auf und die kleine Kugelrunde Mamsell Lotte erschien auf der Schwelle. Ihr ältliches, gutmütiges Gesicht war blaß vor Aufregung. In einer Hand hielt sie noch einen Kochlöffel. Mit dem anderen Arm umschlang sie zärtlich Sella Irweins schlanke Gestalt. Sie war gleich nach der Abreise der schönen Hausherrin vor Jahren hier eingezogen und führte ein strenges Köchleinregiment. Aber Herr Irwein hatte die tüchtige, im Haushalt sehr erfahrene Frau sehr geschätzt und den heranwachsenden Kindern war sie zu einer Art von Beraterin und Vertrauten geworden.

„Hellschen“, rief Frau Lotte, selbst bitterlich weinend — „was ist das für ein schreckliches Unglück! Armes Kind! Da, da kann man wohl weinen! Aber deshalb gehen Sie doch häufig da aus dem Zug und auf ihr Zimmer! Ihr Herr Vater hält's bestimmt nicht gewollt, daß Sie sich krank machen!“

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 23. Februar 1924.

Das letzte preussische Notgeld zur Einführung aufgerufen. Nachdem bereits die Stücke des wertbeständigen preussischen Notgeldes über 4,20 und 2,10 Goldmark aufgerufen worden sind, werden nunmehr die Notgeldscheine des Freistaates Preußen über 1,05 Goldmark = 1/4 Dollar und 0,42 Goldmark = 1/10 Dollar nordamerikanischer Währung lautend vom 20. Februar 1924 ab zur Einführung aufgerufen. Die Einführung erfolgt bis zum 19. März 1924 einschließlich bei der von der Generalstaatskasse hierfür besonders eingerichteten Umtauschstelle (Notgeldstelle des Preussischen Finanzministeriums, Berlin, Oranienstraße 106/9) und sämtlichen staatlichen Preiskassen und den Regierungshauptkassen.

Preussische Sparkassen dürfen nur örtliche Kredite geben. In letzter Zeit haben öffentliche Sparkassen in Preußen größere Darlehen an industrielle und ähnliche Unternehmungen, die außerhalb des Gewährleistungsverbandes der Sparkasse und häufig in weiter Entfernung ihren Sitz und Betrieb haben, gewährt. Dies hat jetzt dem preussischen Minister des Innern Anlaß gegeben, in einem Rundschreiben die Ober- und Regierungspräsidenten darauf hinzuweisen, daß den öffentlichen Sparkassen in ihrer Satzung ein bestimmter örtlicher Geschäftskreis gezogen ist, über den sie mit ihren Darlehensgeschäften, besonders im Rahmen des Personalkredits, grundsätzlich nicht hinausgreifen dürfen. Durch die erwähnte Art der Kreditgewährung kann die Sicherheit der Sparkasse gefährdet werden, weil es der Verwaltung in der Regel nicht möglich sein wird, die Kreditwürdigkeit des außerhalb ihres Gewährleistungsverbandes liegenden Unternehmens richtig und erschöpfend zu beurteilen, zumal da sie auch nicht übersehen kann, an welchen anderen Stellen der Schuldner bereits Kredit in Anspruch genommen hat oder vor dem Fälligkeitstage des Darlehens weiter in Anspruch nimmt, so daß seine Leistungsfähigkeit dadurch überschritten wird.

Verkehrserleichterungen im besetzten Gebiet. Am 25. Februar wird der Durchgangsverkehr der über Hilben verkehrenden Züge nach Düsseldorf wieder aufgenommen. Voraussichtlich vom gleichen Tage ab geht der gesamte durchgehende Personenzugverkehr Köln—Düsseldorf über Reicholz, wenn die Regie mit den Vorbereitungen rechtzeitig fertig wird. Wenn möglich, werden ab 25. Februar die Züge 183 und 184 (bisher von Bohwinkel) bis und von München-Gladbach und die beschleunigten Personenzüge 333 und 334 (bisher von Berlin und Bohwinkel) bis und von Aachen durchgeführt.

Gemeindewahlen. Dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 12. 2. 24. entnehmen wir folgende wichtige Punkte. Der Wahltag ist auf Sonntag, den 4. Mai 1924 festgesetzt. Die Wahlhüte ist 5 Wochen vor dem Wahltag, 2 Wochen lang öffentlich auszulegen. In diesem Falle also von Sonntag, 30. März ab. Die Zahl der Gemeindeverordneten muß mindestens 11 betragen. Diese Grundzahl kann durch Ortsfassung erhöht werden bis zu 15000 Einwohner für jede angefangenen 1000 um je 1 Gemeindeverordneten. Die Wahl erfolgt nach den Grundziffern des Verhältnisrechts. Die Verbindung von Wahlbezirken ist unzulässig. Gleichzeitig mit der Wahlzeit der jetzigen Gemeindevertretung endigt die Wahl der im Amte befindlichen Beigeordneten und Gemeindevorsteher. Die Neuwahlen haben alsbald nach der Neuwahl der Gemeindevertretung stattzufinden. Die Ausschreibenden bleiben bis zur Einführung der Neugewählten im Amte. Die Wahlzeit der Neugewählten endigt mit der Wahlzeit der neuen Gemeindevertretung. Gleichzeitig mit der Wahlzeit der Gemeindevertretung endigt die Wahlzeit der Amtsvertretung. Die Amtsverordneten werden nicht wie bisher durch die Gemeindevertretung, sondern ebenfalls durch die Wahlberechtigten gewählt. Die Zahl der zu wählenden Amtsverordneten bestimmt sich nach dem 3. §. geltenden Ortsstatut. Die Amtszeit der bisher auf Lebenszeit gewählten Amtmänner ist auf 12 Jahre beschränkt worden. Vor Ablauf dieser Amtsdauer finden Neuwahlen nicht statt.

So, da kommen Sie nun herein, Kindchen!“ — Sie hatte eine der vielen Türen geöffnet und schob Sella energisch über die Schwelle.

Erfüllt von hellem Sonnenschein lag der Raum, den Sella Irwein ihr eigen nannte, vor ihr. Ein großes, schönes Zimmer, dessen weite Fenster nach dem weithin gestreckten Garten sahen. Klare, weiße Vorhänge vor den spiegelblanken Scheiben; blühende und üppig grüne Topfpflanzen auf allen Tischen und Ständern. Schöne Teppiche, alle, feine Möbel, gute Bilder — alles hatte Herr Irwein hier zusammengetragen, um seiner Tochter ein schönes, liebes und heimliches Nestchen zu bereiten.

Auf dem bequemen Schreibtisch stand sein eigenes Bild neben dem wunderbaren Bild, welche er einst sein eigen nannte, der Mutter seiner Kinder, Jutta Irwein. Aber das Bild der Frau war im Schatten, auf das seine jedoch fiel golden die Sonne und warf einen verklärenden Schein über seine Züge, ließ die Augen beinahe wie lebendig erscheinen.

Und was alles Zureden des Bruders und die gutgemeinten Worte der anderen Leute nicht zustande gebracht hatten, das gelang diesem sprechend ähnlichen Bild: Der furchtbare Druck, welcher wie eine schwere Last auf Sella Seele gelegen, löste sich. Sie sank vor dem Bild in die Knie und weinte lange und bitterlich. Aber es waren erlösende Tränen.

„Vater, lieber Vater!“

Immer wieder kamen diese Worte einer großen Sehnsucht über ihre Lippen. Immer wieder blickte sie auf zu dem Bilde. Unter dasselbe hatte Werner Irwein ein paar Worte geschrieben. Jene Worte, welche ihm selbst zum Leitmotiv seines Lebens wurden und von denen er hoffte, daß sie auch seinen Kindern zum Führer werden sollten. Deutlich sah Sella, trotz des Tränenfließens, die Buchstaben, und ihr war es, als spräche des Vaters Stimme selbst zu ihr:

„Sei getreu bis in den Tod, und ich will dir die Krone des Lebens geben.“

Ja! Getreu war er stets gewesen. Treu denen, die er liebte, treu seinen Pflichten, treu seinen Überzeugungen. Treu wollte auch sie sein, damit auch ihr Andenken bereinigt ein gesegnetes sei.

(Fortsetzung folgt.)

